

# WÖCHENTLICHE NACHRICHTENZUSAMMENFASSUNG

KW 18

02.05.2017

QUELLE:



## ZUSAMMENFASSUNG

- **UNSERE ABHÄNGIGKEIT VON DEN EU-MITTELN NIMMT SCHRITTWEISE AB.** Trafen 2010 noch 90 Forint von jeweils 100 Forint für Entwicklungsprojekte aus der Gemeinschaftskasse ein, stehen heute nur noch hinter 70 Prozent der laufenden Investitionen EU-Gelder, während 30 Prozent durch die ungarische Volkswirtschaft produzierte Ressourcen sind. Die Fördermittel nach dem Auslaufen des aktuellen EU-Haushaltszyklus im Jahre 2020 sind noch fraglich, wobei es nicht im Interesse der westlichen Staaten liegen würde, die Kohäsionspolitik zu beenden.
- **EIN BIP-WACHSTUM VON 4 PROZENT IST EIN REALISTISCHES ZIEL.** Auch der Budgetrat hat den Haushaltsentwurf für 2018 als realistisch eingeschätzt. Parallel zu einer Wachstumsrate über dem Durchschnitt der Europäischen Union nehmen die Staatsschulden am BIP weiter ab, während sich das Haushaltsdefizit den Erwartungen der Gemeinschaft entsprechend entwickelt.
- **ERFOLGREICHE VERTRETUNG DER UNGARISCHEN INTERESSEN IN BRÜSSEL.** Die Europa-parlamentsdebatte der vergangenen Woche zeigte ebenso wie das Treffen Jean-Claude Junckers mit George Soros, welchen enormen Einfluss der amerikanische Spekulant auf die Institutionen der Gemeinschaft hat. Dessen ungeachtet wird kein Verfahren eingeleitet, mit dem das Stimmrecht Ungarns oder der Zugriff auf die Fördermittel der Gemeinschaft gefährdet würden; es wurde lediglich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, das Ungarn durchaus gewinnen kann.
- **GEORGE SOROS BAUT EINE BEWEGUNG POLITISCHER AKTIVISTEN AUF.** Das Netzwerk von George Soros strebt die Ausgestaltung einer Bewegung von Aktivisten an, die den politischen Interessen des Milliardärs-Spekulanten entsprechend Druck auf demokratisch gewählte Regierungen ausüben könnte. Schon deshalb ist es wichtig, dass im Ergebnis des Gesetzentwurfs, mit dem die Transparenz von ausländisch finanzierten Nichtregierungsorganisationen gestärkt würde, die öffentliche Meinung in die Lage versetzt wird, diese politischen Interessen zu identifizieren.

## WIRTSCHAFTSPOLITIK

### Unsere Abhängigkeit von den EU-Mitteln nimmt schrittweise ab

Trafen 2010 noch 90 Forint von jeweils 100 Forint für Entwicklungsprojekte aus der Gemeinschaftskasse ein, stehen heute nur noch hinter 70 Prozent der laufenden Investitionen EU-Gelder, während 30 Prozent durch die ungarische Volkswirtschaft produzierte Ressourcen sind. Die Fördermittel nach dem Auslaufen des aktuellen EU-Haushaltszyklus im Jahre 2020 sind

noch fraglich, wobei es nicht im Interesse der westlichen Staaten liegen würde, die Kohäsionspolitik zu beenden.

Eine eventuelle Einstellung der Kohäsionspolitik würde auf lange Sicht das westeuropäische Wirtschaftswachstum schädigen, nachdem die Verwendung von 1 Euro in der Region 2-3 Jahre später beispielsweise in Deutschland 3 Euro Amortisation verspricht. Deshalb ist es nicht nur für die ungarische, sondern auch für die westeuropäischen Volkswirtschaften außerordentlich relevant, dass es bei den in Kürze anlaufenden Verhandlungen über den Haushaltszyklus nach 2020 gelingt, sich zur Aufrechterhaltung der Kohäsionspolitik zu verständigen. Die Regierung arbeitet daran, die Abhängigkeit der ungarischen Volkswirtschaft von den EU-Fördermitteln systematisch zu verringern. Erhöht wurde die Investitionslaune dadurch, dass im vergangenen Jahr bereits rund 520 Milliarden Forint bei den ungarischen Unternehmen verblieben, und zwar gerechnet seit Auflage des Aktionsplans zum Schutz der Arbeitsplätze im Jahre 2013. Zwar gibt es keine Vorgaben in der Hinsicht, was die Firmen mit den an Steuervergünstigungen der Unternehmenssphäre verbleibenden beträchtlichen Summen anfangen sollen, doch dürften die Unternehmen laut Erfahrungswerten die solcherart eingesparten Beträge neben Lohnkompensationen für Investitionen verwenden.

Wachsende Investitionen sind in immer mehr Branchen wahrnehmbar; so machte die einheimische Landwirtschaft beispielsweise im vergangenen Jahr einen großen Sprung nach vorne: Die Agrarfirmer gaben nahezu auf allen Gebieten mehr für Entwicklungsmaßnahmen aus, als noch im Jahr davor. Die meisten Firmen schafften neue Maschinen und Ausrüstungen an; der Maschinenpark der Agrarunternehmen wurde für mehrere 10 Milliarden Forint modernisiert. In der Gartenbausparte nahm die Bereitschaft zur Neuanpflanzung von Plantagen in einem nie erlebten Maße zu, während sich die Tierzüchter auf die Ausweitung ihrer Tierherden konzentrierten.

### Ein BIP-Wachstum von 4 Prozent ist ein realistisches Ziel

Auch der Budgetrat hat den Haushaltsentwurf für 2018 als realistisch eingeschätzt. Parallel zu einer Wachstumsrate über dem Durchschnitt der Europäischen Union nehmen die

Staatsschulden am BIP weiter ab, während sich das Haushaltsdefizit den Erwartungen der Gemeinschaft entsprechend entwickelt.

Der Haushaltsentwurf rechnet mit einem dynamischen Wirtschaftswachstum von 4,3 Prozent, welche Prognose auf dem erwarteten massiven Anstieg der Bruttodurchschnittslöhne und der geplanten Verwendung der EU-Fördermittel basiert. Quellen des Wirtschaftswachstums im kommenden Jahr werden laut Entwurf in erster Linie der Privatverbrauch und die Bruttoinvestitionen sein. Erstere dürften um 4,6 Prozent, Letztere um 12,9 Prozent zulegen, woraufhin die Investitionsquote wieder 20 Prozent erreichen sollte.

Dem Entwurf folgend wird die Beschäftigung um weitere 1,8 Prozentpunkte zunehmen. Die dynamische Lohnentwicklung erlebt eine Fortsetzung, die Bruttodurchschnittslöhne steigen, und zwar auf Jahresebene um prognostizierte 8,8 Prozent. Die Produktivität legt um 2,4 Prozent zu, die Exporte um 6,5 Prozent, die Importe um 8,2 Prozent. Der erstarkende Verbrauch geht dem Entwurf gemäß mit einem Verbraucherpreisanstieg von 3 Prozent einher. Das nach EU-Methodik kalkulierte Defizitziel dürfte – in Übereinstimmung mit der Zahl für 2017 – auch 2018 wieder 2,4 Prozent betragen und wird somit dem Maastricht-Kriterium von 3 Prozent sowie dem Stabilitätsgesetz gerecht.

## AUßENPOLITIK, AUßENWIRTSCHAFT

### Erfolgreiche Vertretung der ungarischen Interessen in Brüssel

Die Europaparlamentsdebatte der vergangenen Woche zeigte ebenso wie das Treffen Jean-Claude Junckers mit George Soros, welcher enormen Einfluss der amerikanische Spekulant auf die Institutionen der Gemeinschaft hat. Dessen ungeachtet wird kein Verfahren eingeleitet, mit dem das Stimmrecht Ungarns oder der Zugriff auf die Fördermittel der Gemeinschaft gefährdet würden; es wurde lediglich ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet, das Ungarn durchaus gewinnen kann.

Entgegen den Erwartungen leitet die Europäische Kommission kein Verfahren zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit ein, was ein großer Erfolg für die ungarische Regierung ist, nachdem dies bedeutet, die Kommission habe in dieser Frage einen Rückzieher gemacht und verzichte auf

stärkere Druckmittel. Obendrein muss in Verbindung mit dieser Untersuchung hervorgehoben werden, dass darin nicht die Freiheit von Bildung und Forschung in Frage gestellt wird, sondern der ungarischen Regierung die Nichteinhaltung des Prinzips der größtmöglichen Vergünstigungen vorgeworfen wird, das der Soros-Universität gegenüber früher, zur Zeit der MSZP-SZDSZ Koalitionsregierungen gewährt wurde. Diesbezüglich hatte Ungarn zum Zeitpunkt des EU-Beitritts jedoch eine Derogation beantragt, so dass der Standpunkt Brüssels angefochten werden kann und die Regierung dieses Verfahren erfolgreich bestreiten dürfte.

Ein Warnsignal dürfte jedoch sein, wie groß der Einfluss von George Soros auf die Institutionen der Europäischen Union ist: Im Verlauf der Debatte im Europaparlament in der vorigen Woche beispielsweise gehörten praktisch alle im Interesse des amerikanischen Spekulanten das Wort ergreifenden Abgeordneten zu der im August 2016 durch das Enthüllungsportal DC Leaks publizierte Liste „Zuverlässige Verbündete im Europaparlament 2014-2019“ aus der internen Datenbank der Open Society Foundations (OSF), in welcher 226 der insgesamt 751 Abgeordneten des Europaparlaments als zuverlässige Verbündete von George Soros aufgeführt werden. Teil der politischen Druckausübung ist des Weiteren, dass sich der Präsident der Europäischen Kommission persönlich mit George Soros im Zusammenhang mit den ungarischen Interessen des Spekulanten traf, als wollte er damit indirekt die Botschaft vermitteln, dass die EU zu George Soros steht.

Interessant ist des Weiteren, dass erst kürzlich ein Analyst des dem Umfeld von US-Präsident Donald Trump nahestehenden Braintrusts Heritage Foundation seine Beunruhigung in Verbindung mit dem Betrieb des Soros-Netzwerks äußerte.<sup>1</sup> Laut diesem Artikel ist es zwar grundsätzlich richtig, dass die durch die Vereinigten Staaten von Amerika anderen Ländern gewährten Hilfen in gewissen Fällen die Interessen der USA voranbringen können, was jedoch durch das Internationale Entwicklungshilfeamt der Vereinigten Staaten USAID als führender Agentur zur Verteilung der Hilfsgelder im Lande gefährdet wurde, als während der Zeit der Obama-Regierung unter Mitwirkung des Netzwerkes der Stiftungen von George Soros Propagandaaktivitäten der Linken im Ausland gefördert wurden. Eine weitere Schlussfolgerung des Artikels lautet, dass die Ernennung von leitenden Repräsentanten im amerikanischen Außenministerium nur langsam vorankommt, so dass durch die vorherige Regierung in Position

---

<sup>1</sup> <http://dailysignal.com/2017/04/10/how-rogue-bureaucrats-undermine-sovereignty-and-hurt-american-interests/>  
Quelle: Médianézó – www.medianezo.hu

gebrachte Bürokraten und kommissarische Geschäftsträger auch weiterhin einen unverhältnismäßig großen Einfluss auf die Politik der Regierung Trump ausüben. Ausgehend von diesen Aussagen darf damit gerechnet werden, dass auch das unmittelbare Umfeld von Trump die riskanten Elemente der Bestrebungen des SorosNetzwerks hinsichtlich einer politischen Einflussnahme in Bezug auf die Außenpolitik des amtierenden Präsidenten erkannt hat.

## UNGARISCHE INNENPOLITIK

### George Soros baut eine Bewegung politischer Aktivisten auf

Das Netzwerk von George Soros strebt die Ausgestaltung einer Bewegung von Aktivisten an, die den politischen Interessen des Milliardärs-Spekulanten entsprechend Druck auf demokratisch gewählte Regierungen ausüben könnte. Schon deshalb ist es wichtig, dass im Ergebnis des Gesetzentwurfs, mit dem die Transparenz von ausländisch finanzierten Nichtregierungsorganisationen gestärkt würde, die öffentliche Meinung in die Lage versetzt wird, diese politischen Interessen zu identifizieren.

Die durch die Open Society Foundations unterstützten ungarischen Organisationen verfolgen ausnahmslos die Absicht, sich ausgerichtet an ihren identischen politischen Interessen in die innenpolitischen Prozesse einzumischen. Dazu gehört beispielsweise die Organisation namens „Schule des öffentlichen Lebens“, deren wichtige Zielstellung die Verbreitung eines „systemkritischen Wissens“ ist, unter welchem Leitgedanken Botschaften in die Öffentlichkeit gestreut werden, wie jene, wonach der Grenzzaun „einen Bruch im Leben der Asylbewerber verursacht“.

Die aus der Gruppe „Die Stadt gehört uns allen“ für ein Wohnrecht von Obdachlosen hervorgegangene Organisation gewann im vergangenen Jahr dreißigtausend Dollar über Ausschreibungen und definiert sich heute selbst als „eine im Hintergrund agierende Institution der Bewegungen und ein Wissenszentrum, um die in Ungarn aktiven gesellschaftlichen Bewegungen und Aktivisten zu unterstützen und auszubilden“.

Solche und ähnliche Fälle zeigen deutlich an, dass diese Organisationen auf der Grundlage abgestimmter Szenarien bestrebt sind, die Regierungspolitik zu beeinflussen; egal wovon scheinbar die Rede ist – ob nun von der Soros-Universität oder den Medien –, im Hintergrund der Debatten bildet in Wirklichkeit die Migrationspolitik der ungarischen Regierung eine der wichtigsten Spannungsquellen.

## PROGNOSE

- Am 2. Mai reicht die Regierung ihren Entwurf des Haushaltsplans für 2018 im Parlament ein, den die Abgeordneten bis zum 15. Juni verabschieden werden.
- Am 2. Mai trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel in Moskau mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin zusammen.
- Am 3. Mai empfängt US-Präsident Donald Trump Mahmud Abbas, um mit dem Präsidenten Palästinas Möglichkeiten eines Friedensschlusses zwischen Israel und den Palästinensern zu erörtern.
- Am 3. Mai findet in Frankreich die TV-Debatte der beiden verbliebenen Kandidaten für die Stichwahl statt.
- Am 4. Mai werden in England, Schottland und Wales Kommunalwahlen abgehalten.
- Am 7. Mai finden in Debrecen Nachwahlen für ein Abgeordnetenmandat in der Bürgerschaft statt.
- Am 7. Mai kommt es zur Stichwahl, also der zweiten Runde bei den französischen Präsidentschaftswahlen.